

Antrag der Fraktion der CDU

Für ein Bremen mit Wohlfühlfaktor: Gastronomie, Einzelhandel und Clubs stärken – Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt und den Stadtteilzentren verbessern

Restaurants, Cafés, Kneipen und Clubs sind wichtige soziale Treffpunkt, tragen – ebenso wie der inhabergeführte Einzelhandel – zur Lebens- und Standortqualität Bremens bei und sind touristische „Assets“. Viele dieser Betriebe stehen jedoch auch nach Ende der Corona-Pandemie vor einer Vielzahl von Herausforderungen, darunter Inflation, steigende Kosten für Energie, Lebensmittel und Personal sowie den Trend zum Homeoffice, Onlineshopping und „zu Hause bleiben“. In der Gastronomie kam die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Speisen von sieben auf 19 Prozent zum 01.01.2024 hinzu, die aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage und Konsumzurückhaltung von vielen Betrieben nicht vollständig an die Gäste weitergegeben werden kann. Nach einer Veröffentlichung des Informationsdienstleisters CRIF vom 06.09.2024 ist die Zahl der Insolvenzen in der Gastronomie im vergangenen Jahr deutschlandweit auf rund 1.200 und damit um über 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen – nachdem der Anstieg im Vorjahr bereits 35 Prozent betrug. Zudem wurden im Juni 2024 insgesamt rund 14.000 Gastronomiebetriebe von CRIF als insolvenzgefährdet eingestuft, was einer Quote von 11,7 Prozent entspricht. Im Jahr 2023 war das Insolvenzrisiko bei Gastronomiebetrieben im Land Bremen mit 141 Unternehmen bzw. 15,9 Prozent bundesweit am höchsten. Auch die Lage vieler Einzelhändler und Musikclubs in Bremen ist nach wie vor angespannt oder sie haben ihr Geschäft bereits eingestellt. Die leere Discomeile am Wochenende, wo einst nachts das Leben tobte, ist ein Beispiel für diese traurige Entwicklung.

Die Stadtgemeinde Bremen muss alle niedrighschwelligen Instrumente der Wirtschaftsförderung, Innenstadtentwicklung sowie zur Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit nutzen, um ortsansässige Gastronomie- und Einzelhandelsbetriebe, Kneipen und Musikclubs in ihrer Existenz und Zukunftsfähigkeit zu unterstützen. Ansonsten geht ein Stück von dem verloren, was Bremen lebens- und liebenswert macht. Hierbei sind sowohl direkt wirksame Maßnahmen, wie passgenaue Förderprogramme und unkomplizierte Genehmigungen, in den Blick zu nehmen, als auch Maßnahmen, die die Attraktivität der Innenstadt und der Stadtteilzentren insgesamt steigern und so den Betrieben mittelbar helfen. Zu einer attraktiven Innenstadt gehört insbesondere die seit vielen Jahren ergebnislos diskutierte Neugestaltung des Domshofs inklusive Neuordnung des Wochenmarkts. Für die Nachtstunden braucht Bremen – dem Beispiel anderer Städte folgend – einen Nachtbürgermeister. Dieser soll als Lotse für Veranstalter und Lobbyist des Nachtlebens gegenüber der Verwaltung fungieren und dabei helfen, Chancen zu erkennen, Neues

auszuprobieren und Konflikte frühzeitig zu entschärfen. Bremen soll zu jeder Tages- und Nachtzeit eine Stadt sein, in der man sich wohlfühlt, einkauft, mit Freunden auf einen Kaffee oder ein Bier trifft, spazieren und feiern geht und der man sich gerne aufhält.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. einen ehrenamtlichen Nachtbürgermeister bzw. eine ehrenamtliche Nachtbürgermeisterin als vom Ordnungsamt unabhängige Anlaufstelle einzusetzen und auszustatten, um die verschiedenen Akteure, insbesondere im Viertel und auf der Discomeile, noch besser miteinander zu vernetzen und Konflikten zwischen Feiernenden, Anwohnern, Ordnungsamt und Polizei vorzubeugen bzw. zwischen diesen zu vermitteln,
2. das Bühnenprogramm für Clubs und Live-Musik-Spielstätten im Land Bremen über den 31.12.2025 hinaus zu verlängern, eine Erhöhung des maximal möglichen Zuschusses von 500 Euro pro Veranstaltung zu prüfen und dies bei der Aufstellung der Haushalte für die Jahre 2026 und 2027 zu berücksichtigen,
3. zu prüfen, ob bei der WFB ein Investitionsförderprogramm für Clubs und Live-Musik-Spielstätten aufgelegt werden kann, um u.a. die Discomeile als Partyort wiederzubeleben,
4. zu prüfen, ob bei der WFB ein Zuschuss-Förderprogramm für Einzelhandels- und Gastronomiebetriebe in Bremen aufgelegt werden kann, die mit einem funktionierenden Geschäftsmodell (z.B. durch exzessive Gewalt-, Raub- und Drogenkriminalität oder zeit-, lärm- und staubintensive Baustellen vor ihrem Geschäft) unverschuldet in eine temporäre Notlage geraten,
5. den Kontrolldruck und die Kontrolldichte durch Polizei und Ordnungsamt an besonders von Gewalt-, Raub- und Drogenkriminalität belasteten Stellen im Stadtgebiet weiter zu erhöhen und das verfügbare Instrumentarium, z.B. durch Platzverweise, Anzeigen und Schnellverfahren, vollumfänglich auszuschöpfen,
6. das geltende Alkohol- und Drogenkonsumverbot am Bremer Hauptbahnhof und weiteren Haltestellen in der Bremer Innenstadt engmaschig zu kontrollieren und Verstöße dagegen konsequent als Ordnungswidrigkeit zu ahnden,
7. die Sauberkeit in der Innenstadt und den Stadtteilzentren zu verbessern und dafür zusätzliche Abfallkörbe aufzustellen, die Reinigungsintervalle der Bremer Stadtreinigung lageangepasst zu verkürzen, die Präsenz der Abfallberater in der Stadt zu erhöhen sowie konsequent gegen illegale Müllablagerungen und deren Verursacher vorzugehen,
8. bis zum Ende des ersten Halbjahres 2025 den Wochenmarkt auf dem Domshof in Abstimmung mit der M3B GmbH, den Marktbeschickern und dem Projektbüro

Innenstadt neu zu ordnen sowie die politische Beschlussfassung über den Umbau des Domshofs auf Basis des Siegerentwurfs unter dem Titel „Domshof 2025+“ – ausgenommen die Düne in Richtung Bischofsnadel – vorzubereiten,

9. Sondernutzungserlaubnisse für Nebenflächen und im öffentlichen Raum für die Außengastronomie wieder wie in der Corona-Pandemie großzügig zu erteilen und hierfür keine Gebühren zu berechnen,
10. im Rahmen verfügbarer und für 2026 und 2027 zu beschließender Haushaltsmittel einen Investitionsfonds für Gastronomiebetriebe in Höhe von mindestens 50.000 Euro pro Jahr zur Verfügung zu stellen, um neu geschaffene Außengastronomieplätze zu verstetigen und neue Plätze zu schaffen.

Theresa Gröninger, Michael Jonitz, Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der
CDU